

Bewertung und aktueller Stand der Debatte in der Regierung zum Sparpaket

Von Stephan Lindner¹

Inhaltsverzeichnis

Bewertung und aktueller Stand der Debatte in der Regierung zum Sparpaket.....	1
Vorbemerkung.....	1
Die Maßnahmen im Einzelnen.....	3
Neujustierung von Sozialgesetzen.....	3
Beteiligung von Unternehmen.....	6
Einsparungen im Verwaltungsbereich.....	9
Subventionsabbau und ökologische Neujustierung.....	10
Weitere Maßnahmen.....	11
Streitkräftereform.....	12
Weiterer Zeitplan.....	13

Vorbemerkung

Am 7. Juni hat die Bundesregierung ein Sparpaket vorgelegt, von dem sie behauptet, dass sich damit in den nächsten vier Jahren über 80 Mrd. Euro Einsparungen realisieren lassen und so die Vorgaben der sog. Schuldenbremse eingehalten werden können. Zudem behauptet sie, das Paket sei historisch einmalig und sozial gerecht. Einer genaueren Analyse hält keine dieser Behauptungen stand. Am stärksten betroffen ist vor allem der Sozialbereich, in dem mit 30,3 Mrd. Euro die mit Abstand größten Einsparungen realisiert werden sollen. Hier sind die anvisierten Einsparungen auch bereits relativ konkret benannt. In anderen Bereichen sind die Einsparungen hingegen entweder reine Luftbuchungen oder stehen unter derart vielen Vorbehalten, dass fraglich ist, ob die prognostizierten Einsparungen tatsächlich jemals realisiert werden. Bezeichnend für das Paket ist auch, dass Steuererhöhungen, also die Sanierung des Haushalts über Einnahmesteigerungen, von sehr engen Ausnahmen abgesehen, tabu sind. Satt durch Steuererhöhungen auf Kapitalerträge, Konzernprofite und hohe Einkommen sowie große Vermögen diejenigen zur Kasse zu bitten, die von den Rettungspaketen der Vergangenheit am meisten profitiert haben, sollen die Lasten der Krise vor allem auf diejenigen abgewälzt werden, die sich am wenigsten dagegen wehren können. Am härtesten von Einschnitten betroffen sind eindeutig Hartz IV Empfänger.

Eineinhalb Monate nach seiner Verkündung ist sogar im Bundeskabinett, dass die Maßnahmen selbst beschlossen hat, heftiger Streit über einzelne Maßnahmen ausgebrochen. Einzelnen Ministern musste wohl erst nachträglich von ihrer Ministerialbürokratie klar gemacht werden, was sie da mit beschlossen hatten. Als Familienministerin Köhler anfang, die Pläne zur Abschaffung des Elterngeldes bei Hartz IV Empfängern zu konkretisieren und dabei raus kam, dass diese Regelung auch Aufstocker und Minijobber betreffen würde, war der Aufschrei darüber sogar bei FDP und CSU so groß, dass es für diese Gruppen wahrscheinlich eine Sonderregelung geben soll. Massiven Widerstand gibt es insbesondere in der FDP, aber auch in der CSU, die selbst die geringen Lasten, die ihre Wählerklientel zu tragen hätte, verhindern wollen. Wirtschaftsminister Brüderle opponiert mittlerweile öffentlich gegen die Streichung von Steuererleichterungen bei Öko- und Energiessteuern und zusammen mit dem von der CSU gestellten Verkehrsminister Ramsauer gegen die Flugverkehrsabgabe, Justizministerin Leuthäuser-Schnarrenberger ist die Wiedereinführung des Fiskusprivilegs ein Dorn im Auge.

¹ Stephan Lindner ist Diplom Politologe und lebt in Berlin. Er ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland.

Außerdem zeigt sich immer mehr, mit welcher heißer Nadel das Kabinett dieses Sparpaket auf seiner Klausur gestrickt hat. Die Berechnung angeblich eingesparter Zinsen (siehe Unterabschnitt Weitere Maßnahmen) kann eigentlich nur als abenteuerlich bezeichnet werden. Viele angebliche Sparmaßnahmen waren oder sind längst für ganz andere Projekte vorplant, so z.B. die Flugverkehrsabgabe (siehe Unterabschnitt Abbau von Subventionen und ökologische Neujustierung) oder die Beteiligung des Bankensektors (siehe Unterabschnitt Beteiligung von Unternehmen). Und wenn man, wie bei der Bahn, von einem Staatsunternehmen eine Dividende eintreiben will, die diese nur wieder durch zusätzliche Schulden finanziert, dann ist das nicht nur ein Verschiebeparkplatz, sondern darüberhinaus auch noch ein schlechtes Geschäft, weil diese für ihre zusätzlichen Schulden wahrscheinlich einen höheren Zinssatz bezahlen muss, als der Bund tätige.

Dabei sind Zweifel angebracht, ob das Sparpaket selbst dann, wenn es wie geplant in allen Bereichen durchgesetzt wird, seine Ziele überhaupt erreichen kann. Kommt es zu keinem selbst tragenden wirtschaftlichen Aufschwung, führen verminderte Staatsausgaben dazu, dass die Binnennachfrage noch weiter abgewürgt und eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung so verhindert wird. Statt Schuldenabbau sind dann Steuerausfälle und noch höhere Schulden das Ergebnis. Sollte auch nur ein Bruchteil der mit den Rettungspaketen der letzten Monate eingegangenen Bürgschaften fällig werden, wäre alles Sparen bereits wieder Makulatur. Darüber hinaus geht die Bundesregierung davon aus, dass die Wirtschaft in den nächsten Jahren wieder wächst, vor allem angetrieben durch den Export, und die Arbeitslosigkeit sich nicht erhöht. Sollten diese optimistischen Prognosen nicht eintreffen, hätte das weitere Milliardenausgaben zur Folge, die in der Logik der Bundesregierung ein weiteres Sparpaket erforderlich machen würden.

Aber auch dann, wenn alles wie geplant läuft, wäre mit den jetzt geplanten Einsparungen noch längst nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Ver.di weist in seiner Stellungnahme zum Sparpaket² darauf hin, dass sich mit den jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen die Höhe der Einsparungen von 11,2 Mrd. € im Jahr 2011 auf 27,6 Mrd. € im Jahr 2014 erhöht. Sollen die Anforderungen der Schuldenbremse aber voll erfüllt werden, müsste sich dieser Betrag bis 2016 noch auf ca. 50 Mrd. € erhöhen.

Wenig findet sich im Sparpaket auch zur Haushaltssituation der Kommunen. In einem kurzen Unterkapitel bekennt man sich zu seiner „gesamtstaatlichen Verantwortung“. Derzeit berät eine von der Bundesregierung eingesetzte Gemeindefinanzkommission. Mit konkreten Vorschlägen ist wohl nicht vor Herbst zu rechnen. Dann drohen möglicherweise weitere Kürzungen für Hartz IV-Empfänger und Steuererhöhungen.³ Sobald deren Vorschläge vorliegen, werde „die Bundesregierung diese zügig prüfen und zur Entscheidung bringen.“ Mit den im Sparpaket selbst enthaltenen Maßnahmen bürdet man den Kommunen allerdings zwischenzeitlich erst einmal weitere finanzielle Lasten auf (siehe dazu den Unterabschnitt „Neujustierung von Sozialgesetzen“).

Zu beachten ist auch, dass das Sparpaket eine europäische Dimension hat. Mit der Umsetzung des Sparpakets möchte sich die deutsche Bundesregierung in der EU als Musterschüler in Sachen Sparen profilieren, um sich weiterhin gegenüber den anderen EU-Staaten als Lehrmeister aufspielen zu können.

Insgesamt ist die Bundesregierung beim Schnüren des Sparpaketes nach dem Motto vorgegangen, dass vor allem diejenigen belastet werden sollen, die sich am wenigsten wehren können. Dass die heftigsten Einschnitte im Sozialbereich geplant sind, die Profiteure der Bankenrettungspakete aber kaum zur Kasse gebeten werden, ist vor diesem Hintergrund alles andere als ein Zufall. Die jetzt sogar im Bundeskabinett aufflammende Debatte zu einzelnen Maßnahmen des Sparpaketes und der Dilettantismus, der sich in einzelnen Maßnahmen widerspiegelt, zeigt aber auch, dass diese

2 http://www.verdi.de/politik_von_a_bis_z/sparpaket/data/ver.di-Bewertung-des-schwarz-gelben-Sparpaketes.pdf

3 <http://www.innsalzach24.de/muehldorf/gemeindefinanzierung-keine-aenderung-ohne-kommunen-in24-846707.html>

Beschlüsse noch längst nicht in trockenen Tüchern sind. Wenn also am Ende nicht nur die Schwächsten der Gesellschaft für die Kosten der Krise bezahlen sollen, ist einerseits energischer Widerstand mehr als nötig, hat dieser aber andererseits auch sehr gute Aussichten auf Erfolg. Diese Regierung ist derzeit mehr als schwach und das von ihr vorgestellte Sparpaket überzeugt nicht mal die eigenen Minister, die es beschlossen haben, geschweige denn die Parteien, aus denen sie kommen und deren Abgeordnete ihm zustimmen müssen. Das gilt selbst für die angeblich vorhandene soziale Ausgewogenheit, wie das kürzlich gezeigte Zurückrudern beim Kürzen des Elterngelds für Minijober und Hartz IV Aufstocker zeigt.

Die Maßnahmen im Einzelnen

Die Bundesregierung hat ihr Maßnahmenpaket in Form einer Tabelle⁴ und eines kurzen Papiers mit Erläuterungen⁵ veröffentlicht. In dem Papier sind die Sparmaßnahmen sechs Unterbereichen zugeordnet (siehe Tabelle 1 auf der nächsten Seite).

Die Übersicht zeigt bereits, dass die mit Abstand meisten Streichungen im Sozialbereich vorgenommen werden sollen. Hier sollen in den nächsten vier Jahren mit 30,3 Mrd. € 37% der Einsparungen realisiert werden. Dies ist auch einer der Bereiche, in dem die Bundesregierung bereits relativ konkret angibt, wie sie diesen Betrag genau einsparen will. Bei vielen anderen Bereichen bleibt sie hingegen noch eher vage, so dass es durchaus passieren kann, dass die Einsparungen im Sozialbereich einen noch wesentlich höheren Anteil am tatsächlich realisierten Gesamtpaket haben werden als derzeit geplant.

	2011	2012	2013	2014	Summe
Neujustierung von Sozialgesetzen	3,0 Mrd. € 27%	7,0 Mrd. € 36%	9,4 Mrd. € 39%	10,9 Mrd. € 39%	30,3 Mrd. € 37%
Beteiligung von Unternehmen	3,3 Mrd. € 29%	5,3 Mrd. € 28%	5,3 Mrd. € 22%	5,3 Mrd. € 19%	19,2 Mrd. € 23%
Einsparungen im Verwaltungsbereich	2,3 Mrd. € 21%	3,3 Mrd. € 17%	3,9 Mrd. € 16%	3,9 Mrd. € 14%	13,4 Mrd. € 16%
Subventionsabbau und ökologische Neujustierung	2,0 Mrd. € 18%	2,5 Mrd. € 13%	2,5 Mrd. € 11%	2,5 Mrd. € 9%	9,5 Mrd. € 12%
Weitere Maßnahmen	0,6 Mrd. € 5%	1,1 Mrd. € 6%	1,7 Mrd. € 7%	2,0 Mrd. € 7,2%	5,4 Mrd. € 7%
Streitkräftereform	-	-	1,0 Mrd. € 4%	3,0 Mrd. € 11%	4,0 Mrd. € 5%
Summe	11,2 Mrd. €	19,2 Mrd. €	23,8 Mrd. €	27,6 Mrd. €	81,8 Mrd. €

Im Folgenden werden die Maßnahmen in den einzelnen Bereichen genauer dargestellt und bewertet.

Neujustierung von Sozialgesetzen

Mit 16 Mrd. € soll gut die Hälfte der in diesem Bereich anvisierten Einsparungen von 30,3 Mrd. € durch die Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen realisiert werden. Begründet wird das von der Bundesregierung damit, dass damit zielgerichteter gefördert werden könne und falsch gesetzte Anreize vermieden werden könnten. An welche Maßnahmen die Bundesregierung dabei

4 http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-06-07-tabelle.property=publicationFile.pdf

5 http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-06-07-eckpunkte-kabinett.property=publicationFile.pdf

genau denkt, hat sie allerdings noch nicht präzisiert.

Der DPWV reagierte darauf bereits mit einer Presseerklärung, in der es heißt:

„Nach Informationen des PARITÄTISCHEN waren im Jahr 2010 entsprechend dem Haushaltsplan der Bundesagentur für Arbeit für die Pflichtleistungen 2.383.700 Euro und 5.260.200 Euro bei den Kann-Leistungen vorgesehen.“⁶ [vermutlich sind die hier genannten Beträge mit 1000 zu multiplizieren]

Die Bundesregierung sieht hier ein Einsparpotential, dass allein bei der Bundesagentur für Arbeit 2011 bereits 1,5 Mrd. € ausmacht und sich über 2,0 Mrd. € im Jahr 2012 noch auf 2,5 Mrd. € jeweils für die Jahre 2013 und 2014 steigern lässt, so dass allein in diesem Bereich bei der Bundesagentur für Arbeit innerhalb von vier Jahren 10 Mrd. € eingespart werden sollen. Dies wäre dann ab 2013 in etwa ein Drittel des gesamten Etats, den die Agentur derzeit für Förderleistungen zur Verfügung hat. Weitere 6 Mrd. € sollen in diesem Bereich in den kommenden vier Jahren beim Bund selbst gespart werden.

Der DPWV fürchtet u.a., dass dies bedeuten könnte, dass Menschen mit Behinderungen Opfer dieser Kürzungen werden. Sollten die Leistungen, auf die sie bisher einen gesetzlichen Anspruch haben, auf Kann-Leistungen umgestellt werden, würde sie das zu Bittstellern machen, deren Förderung von der allgemeinen Finanzlage und dem Wohlwollen des zuständigen Sachbearbeiters abhängen.

Die taz erkundigte sich direkt bei der Bundesagentur für Arbeit, wo solche Kürzungen möglich seien und bekam von deren Sprecherin Hürth die Auskunft:

„Die Regierung könnte vor allem an den Ausgaben für arbeitslose Behinderte und Jugendliche sparen, fürchtet Hürth. Denn genau dort bestünden derzeit die 'größten Blöcke der Pflichtleistungen'. Dagegen liegt die Entscheidung, ob Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen, aber auch 1-Euro Jobs für erwachsene Bezieher von Arbeitslosengeld I oder II (Hartz IV) gewährt werden, bereits heute im Ermessensspielraum der Jobcentermitarbeiter.“

Arbeitslose Jugendliche und Behinderte hatten zum Beispiel bislang einen Rechtsanspruch auf finanzielle Hilfe, um einen Hauptschulabschluss nachzuholen oder eine Ausbildung auch in großer Entfernung von der elterlichen Wohnung aufzunehmen. Bei Behinderten werden Zuschüsse für die Arbeit in Werkstätten oder auch Kost und Logis bei der Unterbringung in behindertengerechten, berufsausbildenden Einrichtungen bezahlt.“⁷

Wachsen dürfte damit auch der Druck auf die Beschäftigten der Bundesagentur, die bei angespannter Haushaltslage auch von ihnen selbst als sinnvoll erachtete Hilfen immer seltener bewilligen könnten.

Trotz dieser Kürzungen hofft man, durch „Effizienzverbesserungen bei der Arbeitsvermittlung bei SGB II“ im Jahr 2013 1,5 Mrd. € und im Jahr 2014 sogar 3,0 Mrd. € einsparen zu können. Außerdem hofft man hierbei auf einen demographischen Effekt. Ob sich diese Einsparungen tatsächlich auf die genannte Art und Weise realisieren lassen, ist völlig offen.

Zusätzlich will man jedes Jahr 1,8 Mrd. € einsparen, indem man den Zuschuss an die Rentenversicherung bei ALG II abschafft. Angeblich wäre dies ein Anreiz, schneller wieder eine Beschäftigung aufzunehmen. Allerdings dürfte diese Summe dann in der umlagefinanzierten Rentenkasse fehlen. Da durch die Rentenzuschüsse für Hartz IV-Bezieher pro Jahr derzeit ohnehin nur eine Renten-Anwartschaft in Höhe von 2,09 Euro pro Monat entsteht, dürfte sich der Effekt auf die im Alter ausgezahlte Rente für die Betroffenen in engen Grenzen halten. Wer längere Zeit von Hartz IV leben musste, ist wahrscheinlich ohnehin auch im Alter weiter auf Hartz IV angewiesen, da seine Rentenansprüche unter dem Existenzminimum liegen.

Als Leidtragende dieser Maßnahme sehen sich vor allem die Kommunen, denn für jeden Euro, der

⁶ [http://www.der-paritaetische.de/22/?tx_ttnews\[tt_news\]=3834&cHash=bf3c65c4ee](http://www.der-paritaetische.de/22/?tx_ttnews[tt_news]=3834&cHash=bf3c65c4ee)

⁷ Taz vom 9.6.10 Seite 3

nicht als Rente, sondern als Hartz-IV-Leistung ausgezahlt wird, müssen diese aufkommen. Entsprechend wirft der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Stephan Articus, der Bundesregierung auch vor, hier auf Kosten der Kommunen zu sparen.⁸ Wenn sich Kommunen das überhaupt noch leisten können, dann wohl nur, in dem sie selbst auch entsprechend stark an anderer Stelle sparen.

200 Mio. € pro Jahr will die Bundesregierung sparen, in dem sie einen befristeten Zuschlag streicht, den in der Vergangenheit ehemalige Bezieher von ALG I erhielten, wenn sie in ALG II wechseln mussten. Er wurde maximal zwei Jahre lang bezahlt und betrug im ersten Jahr maximal 160 Euro und im zweiten Jahr maximal 80 Euro pro Person und Monat.⁹ Im Erläuterungspapier der Bundesregierung heißt es dazu ohne weitere Begründung, dieser Anspruch sei „überholt“.

Eine weitere Kürzung trifft den wegen der hohen Energiepreise eingeführten Heizkostenzuschuss. Durch seine Streichung will die Bundesregierung jedes Jahr 100 Mio. € einsparen. Begründet wird dies mit wieder gesunkenen Energiepreisen. Ob diese allerdings in der nächsten Heizperiode immer noch so niedrig sind, gerade wenn man die der Haushaltsplanung der Bundesregierung zu Grunde liegenden Konjunkturerwartungen zum Maßstab nimmt, darf bezweifelt werden.

Weitere 400 Mio. € pro Jahr möchte die Bundesregierung durch die Streichung des Elterngelds für ALG II Bezieher einsparen. Bisher bestand ein Anspruch auf Elterngeld in Höhe von 300 Euro, das für die ersten zwölf Monate nach der Geburt eines Kindes ausgezahlt wurde. Knapp 40% aller Hartz IV Bedarfsgemeinschaften sind laut einer Studie der Bundesagentur für Arbeit vom Dezember 2009 Alleinerziehende mit Kindern. Nach wie vor sind Kinder das Armutsrisiko Nummer eins im Land. Zu einem öffentlichen Aufschrei bei CSU und FDP kam es in diesem Zusammenhang bereits, als herauskam, dass von dieser Maßnahme auch Mini-Jobber und Niedrigverdiener mit ergänzendem Arbeitslosengeld II betroffen wären. Nun soll es für diese Gruppe wahrscheinlich Ausnahmeregelungen geben, was aber auch dazu führen würde, dass das in diesem Bereich anvisierte Sparvolumen nicht realisiert werden könnte.¹⁰

Weitere 200 Mio. € pro Jahr möchte die Bundesregierung dadurch einsparen, dass sie bei Eltern mit einem anzurechnenden Nettoeinkommen von über 1.240 € pro Monat das Elterngeld von 67% auf 65% des Nettoeinkommens absenkt. Maximal werden, wie bisher, 1.800 € Elterngeld pro Monat bezahlt.

Der einzige Posten, der in der Spartabelle eine Ausgabe ist, ist ein Zuschuss in Höhe von 2 Mrd. €, der im Jahr 2011 zusätzlich an die gesetzliche Krankenkassen (GKV) gezahlt werden soll. Die folgenden Jahre enthalten diesen Zuschuss nicht mehr. Tatsächlich sind diese 2 Mrd. € nur ein im Haushalt zusätzlich eingestellter Betrag, der zu einem ohnehin bereits eingestellten Zuschuss von 13,3 Mrd. € hinzu addiert wird, so dass der Gesamtzuschuss dann für 2011 15,3 Mrd. € beträgt. Allerdings erwarten die GKV für 2011 trotzdem noch ein Defizit von 11 Mrd. €. Dieses Jahr soll der Zuschuss noch 15,7 Mrd. € betragen, was bei den GKV trotzdem noch zu einem Defizit in Höhe von 8 Mrd. € führen soll. Im Streit um die Gesundheitsreform betitelten sich die Koalitionäre vor kurzem noch als Gurkentruppe und Wildsäue. Derzeit ist geplant, die Lücke zukünftig durch weitere Beitragserhöhungen zu schließen. So sollen die Beiträge von 14,9% auf 15,5% steigen, wobei der Kostenanteil der Arbeitgeber bei Arbeitnehmern nur 7,3% betragen soll und zukünftig bei diesem Anteil eingefroren werden soll. Zusätzlich können Kassen, wenn die so erhobenen Beiträge nicht ausreichen, künftig einen nach oben offenen Fixbeitrag erheben, der bisher bei max. 1% des Einkommens gedeckelt war, jetzt aber eine beliebige Höhe erreichen kann. Dadurch werden Geringverdiener prozentual stärker belastet als Gutverdiener. Da davon auszugehen ist, dass die regulären Beiträge bei einem weiteren Anstieg der Kosten im Gesundheitswesen auch weiterhin nicht ausreichen werden, droht hier die Einführung einer Art Kopfpauschale durch die Hintertür,

8 <http://de.reuters.com/article/domesticNews/idDEBEE65708720100608>

9 Zu der komplizierten Berechnungsformel siehe <http://www.arbeitslosengeld-verstehen.de/zuschlag.htm>

10 <http://www.volksfreund.de/nachrichten/themendestages/themenderzeit/Weitere-Themen-des-Tages-Berlin;art742,2499349>

auch wenn diese sich von Krankenkasse zu Krankenkasse wahrscheinlich unterscheiden wird. Diese Maßnahmen sind allerdings nicht Teil des Sparpakets, sondern einer sog. Gesundheitsreform

Die nachfolgende Tabelle zeigt alle Details zur geplanten „Neujustierung von Sozialgesetzen“ (O-Ton Bundesregierung zu ihrer Sparorgie im Sozialbereich) im Überblick:

	2011	2012	2013	2014	Summe
Ersatz Pflicht durch Ermessensleistungen (SGB II + SGB III)					
- Einsparungen Bund	0,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €	2,0 Mrd. €	2,0 Mrd. €	6,0 Mrd. €
- Einsparungen BA	1,5 Mrd. €	2,5 Mrd. €	3,0 Mrd. €	3,0 Mrd. €	10,0 Mrd. €
Abschaffung befristeter Zuschlag Alg II	0,2 Mrd. €	0,2 Mrd. €	0,2 Mrd. €	0,2 Mrd. €	0,8 Mrd. €
Abschaffung Zuschuss an Rentenversicherung bei Alg II	1,8 Mrd. €	1,8 Mrd. €	1,8 Mrd. €	1,8 Mrd. €	7,2 Mrd. €
Wegfall Erstattungen einigungsbedingte Leistungen an die Rentenversicherung (§ 291c SGB VI)	0,3 Mrd. €	0,3 Mrd. €	0,2 Mrd. €	0,2 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Effizienzverbesserungen bei der Arbeitsmarktvermittlung bei SGB II			1,5 Mrd. €	3,0 Mrd. €	4,5 Mrd. €
Abschaffung Elterngeld bei Alg II	0,4 Mrd. €	0,4 Mrd. €	0,4 Mrd. €	0,4 Mrd. €	1,6 Mrd. €
Begrenzung des Elterngeldes	0,2 Mrd. €	0,2 Mrd. €	0,2 Mrd. €	0,2 Mrd. €	0,8 Mrd. €
Wohngeld (Streichung Heizkostenzuschuss)	0,1 Mrd. €	0,1 Mrd. €	0,1 Mrd. €	0,1 Mrd. €	0,4 Mrd. €
Zusätzlicher Steuerzuschuss GKV	-2,0 Mrd. €				
Summe	3,0 Mrd. €	7,0 Mrd. €	9,4 Mrd. €	10,9 Mrd. €	30,3 Mrd. €

Beteiligung von Unternehmen

Der zweitgrößte Posten im Sparpaket ist mit 23% oder 19,2 Mrd. € laut Regierung eine Beteiligung von Unternehmen. Größter und prinzipiell zu begrüßender Posten ist ein steuerlicher Ausgleich der Kernenergiewirtschaft. Hiermit will die Bundesregierung ab nächstem Jahr jährlich 2,3 Mrd. € erlösen, also bis 2014 9,2 Mrd. €. Die Einsparung deckt sich mit einer Forderung des BUND, der der Bundesregierung kurz vor der Haushaltsklausur vorgerechnet hatte, dass sich durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen pro Jahr mindestens 16,543 Mrd. Euro einsparen ließen.¹¹ In der Aufstellung des BUND wird die Aufhebung der Steuervorteile für Atom-Rückstellungen und die sofortige Einführung einer Energiesteuer für Kernbrennstoffe mit 1,8 – 2,4 Mrd. € beziffert. Allerdings findet sich im Begleittext der Bundesregierung die Aussage, dass es „im Rahmen eines Gesamtenergie-Konzepts notwendig“ sei, „die Laufzeiten von Kernkraftwerken zu verlängern.“ Nach dem noch von Rot-Grün stammenden Ausstiegsbeschluss müssten bis 2014 eigentlich acht der 17 noch Strom produzierenden deutschen Reaktoren abgeschaltet werden, drei davon noch in

11 http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/20100604_klima_klimafakten_subventionsabbau.pdf

diesem Jahr (Biblis A+B sowie Neckarwestheim). Allerdings gibt es keine harte Vorgabe für das Jahr der Abschaltung. Dieses errechnet sich vielmehr aus der produzierten Strommenge. Betreibern ist es dabei auch gestattet, unter bestimmten Bedingungen noch zu produzierende Strommengen auf andere Reaktoren zu übertragen. Für Biblis A hat RWE vor kurzem ein nicht genutztes Stromkontingent von Eon erworben, mit dem der Reaktor noch ein bis zwei Jahre weiter laufen soll.¹² Der Abschluss des Deals wurde just am Abend der NRW-Wahl bekannt gegeben. In Neckarwestheim fährt der Betreiber EnBW das dort vorhandene Kraftwerk gerade im Minimalbetrieb, in der Hoffnung, doch noch eine Abschaltung verhindern zu können, bevor die restliche noch genehmigte Menge Strom produziert ist.¹³

Das Finanzministerium hat mittlerweile klar gestellt, dass die Steuer auch unabhängig von einer Laufzeitverlängerung erhoben werden soll. Allerdings verwundert dann, dass sie in den nächsten vier Jahren jedes Jahr in gleicher Höhe anfallen soll. Der BUND warnt daher trotzdem in seiner Presseerklärung zum Sparpaket: „Die Energieunternehmen dürften über den Umweg des Sparpaketes keinen Freibrief zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten erhalten.“¹⁴ Außerdem war noch im Koalitionsvertrag die Rede davon, Mittel aus einer Laufzeitverlängerung „zur Erforschung vor allem von erneuerbaren Energien, insb. von Speichertechnologien“¹⁵ zu verwenden. Davon scheint aber jetzt keine Rede mehr zu sein.

Allerdings bleibt auch noch grundsätzlich abzuwarten, ob diese Steuereinnahmen überhaupt fließen werden. Nach der Veröffentlichung des Sparpaketes entdeckte die Atomindustrie nämlich doch noch ihr Herz für die Atomausstiegsvereinbarung. Allerdings nicht, weil sie jetzt plötzlich alle Atomkraftwerke dicht machen will, sondern weil darin aus ihrer Sicht eine Vereinbarung enthalten ist, die eine Brennelementesteuer ausschließt. Dort heißt es nämlich: „Die Bundesregierung wird keine Initiative ergreifen, mit der die Nutzung der Kernenergie durch einseitige Maßnahmen diskriminiert wird. Dies gilt auch für das Steuerrecht.“ Laut Handelsblatt hat die Atomindustrie daher bereits angekündigt, notfalls gegen die Steuer vor Gericht zu ziehen.¹⁶ Ob es dazu tatsächlich kommt und wie gegebenenfalls das Verfahren ausgeht, bleibt abzuwarten. Aus Sicht des BUND handelt es sich bei der Steuer lediglich um eine Maßnahme, mit der Atomstrom anderen Energiearten gleichgestellt wird, also eine Subvention abgebaut wird. Das ist zwar sicher richtig, ist aber erst seit dem Sparpaket auch die Sichtweise der Bundesregierung.

Aus ökologischer Sicht auf jeden Fall bedenklich ist die im Sparpaket mit jährlich 500 Mio. Euro eingestellte Bahndividende, die sich in vier Jahren auf eine Summe von 2 Mrd. Euro summiert. Weil die Bahn dank des Bündnisses *Bahn für alle*, an dem auch Attac beteiligt ist, immer noch ein Staatsunternehmen ist, handelt es sich zwar hierbei ohnehin vor allem um eine Maßnahme, bei der Geld von der linken Tasche in die rechte gesteckt wird. Bahn Chef Grube hat schon angekündigt, dass er im Gegenzug die Schulden der Bahn langsamer abtragen will.¹⁷ Allerdings wäre es im Hinblick auf die dringend notwendige ökologische Verkehrswende wesentlich besser, wenn dieses Geld in den Ausbau des Schienennetzes fließen würde, wie das u.a. Karl-Peter Naumann, der Vorsitzende des Fahrgastverbandes Pro Bahn, beklagt.¹⁸ Sollten diese Pläne tatsächlich umgesetzt werden, ist wohl weiter damit zu rechnen, dass Züge im Winter ihre Türen nicht schließen können und im Sommer ihre Fahrgäste grillen.

Eindeutig zu begrüßen ist hingegen die Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzmarktkrise. Allerdings will die Bundesregierung diesen nicht bereits 2011, sondern erst 2012 belasten, und dann auch nur mit 2 Mrd. € pro Jahr. Zum Vergleich: Das ist gerade einmal etwas

12 <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0511/wirtschaft/0046/index.html>

13 http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/20100612_mmm000000133784.html

14 <http://www.bund.net/nc/bundnet/presse/pressemitteilungen/detail/zurueck/pressemitteilungen/artikel/-f7d8f8fe39/>

15 <http://www.fdp-bundespartei.de/files/363/koalitionsvertrag.pdf> Seite 29

16 <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/brennelementesteuer-kernkraftwerksbetreiber-wollen-klagen;2598763>

17 <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/bahnhof-ich-kann-den-unmut-verstehen/1858310.html>

18 http://www.focus.de/finanzen/news/sparpaket-der-milliardenbeitrag-der-industrie_aid_517125.html

mehr als allein die Deutsche Bank mit 1,8 Mrd. € allein im ersten Quartal 2010 nach Steuern verdiente. 2009 hatte sie einen Gewinn nach Steuern von 5,0 Mrd. €. Das Bankenrettungspaket, das die Bundesregierung 2008 über Nacht schnürte, hatte hingegen ein Volumen von 500 Mrd. €.

Würde eine Finanztransaktionssteuer eingeführt, wie Attac sie seit langem fordert, wären hier Einnahmen zu verbuchen, die weit mehr als das Zehnfache betragen würden. Selbst bei einem Steuersatz von nur 0,01% auf alle Finanztransaktionen wäre in Deutschland mit einem Steueraufkommen von 0,7 % des BIP zu rechnen, wie das Österreichische Wirtschaftsinstitut berechnet hat.¹⁹ 2009 wären das knapp 17 Mrd. € gewesen und damit pro Jahr mehr als drei Viertel dessen, was die Bundesregierung mit ihrem Sparpaket insgesamt in den nächsten vier Jahren durchschnittlich pro Jahr einsparen will. Attac hält sogar eine Höhe der Besteuerung von 0,05% für angemessen. Allerdings sollten die Einnahmen dieser Steuer eigentlich nicht dazu dienen, die arm gesparten Haushalte der reichen Industriestaaten zu sanieren, sondern vor allem den Menschen in den Ländern des Südens zu Gute kommen.

Im Begleittext der Bundesregierung ist außerdem von einem Restrukturierungsfonds die Rede, was bedeuten würde, dass ein Teil der Gelder dem Bankensektor im Fall einer erneuten Krise wieder zur Verfügung stehen würde. Laut Spiegel-online sollen mit 1,2 Mrd. € mehr als die Hälfte der 2 Mrd. € nicht in den Staatshaushalt, sondern in diesen Fonds fließen. Bis auf diese Weise ausreichend Geld zusammen käme, um im Notfall bei einer erneuten Krise Großbanken zu retten, vergingen trotzdem Jahrzehnte. Obendrein scheint ein Teil der Gelder auch noch davon abzuhängen, ob und was für Einigungen auf europäischer oder globaler Ebene getroffen werden. Spiegel-online spricht deshalb auch von einer Luftbuchung und sieht die Finanzindustrie als einen der Gewinner des Sparpakets.²⁰

Letzter Punkt im Unterbereich Beteiligung von Unternehmen ist die Wiedereinführung des Fiskusprivilegs bei Insolvenzverfahren. Die Bundesregierung rechnet hierdurch mit Mehreinnahmen von 500 Mio. Euro jährlich, also insgesamt mit 2 Mrd. € von 2011 bis 2014. Im Kern geht es darum, dass die Ansprüche von Finanzämtern bei einer Insolvenz zukünftig wieder Vorrang vor den Ansprüchen aller anderen Gläubiger haben, wie dies bereits bis 1999 der Fall war. Begründet wird die Maßnahme damit, dass die neue Regelung angeblich Banken besonders privilegiert hätte. Allerdings kann dies stark in Zweifel gezogen werden, da die Privilegierung von Banken in erster Linie dadurch zu Stande kommt, dass sie ihre Forderungen mit Garantien außerhalb der Insolvenzmasse gesichert haben. Und darauf hat die Regelung überhaupt gar keinen Einfluss. Zu befürchten ist vielmehr, dass die Neuerung vor allem auf Kosten mittelständischer Firmen geht, deren Forderungen im Insolvenzverfahren gegenüber den staatlichen Forderungen zukünftig wieder zurückstehen.²¹

Die vorgesehene Wiedereinführung des Fiskusprivilegs konterkariert außerdem laut Financial Times einen Plan des Justizministeriums durch eine Änderung des Insolvenzrechts Firmen zu belohnen, wenn sie möglichst frühzeitig notwendige Sanierungen angehen. Sollte das Fiskusprivileg wiederbelebt werden, gäbe es keinen Anreiz mehr für Finanzämter sich zur Abwendung eines Insolvenzverfahrens auf Verhandlungen über die Rückzahlung von Steuerforderungen einzulassen, weil der Fiskus davon ausgehen könne, dass er sein Geld immer vor allen anderen Gläubigern erhalte.²² Betroffen von all dem wäre vor allem die klassische FDP-Wählerschaft. Mittlerweile ist der Presse zu entnehmen, dass die der FDP angehörende Justizministerin Leuthäuser Schnarrenberger Widerstand gegen diesen Punkt des Sparpakets leistet.²³

Nachfolgende Tabelle listet alle Maßnahmen des Sparpaketes mit Beteiligung von Unternehmen

19 http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/AGs/AG_Finanzmarkt_Steuern/FTS_Kampagne/Stellungnahme%20zur%20Anh%C3%B6rung.pdf

20 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,699279,00.html>

21 <http://befeldtsteuerblog.wordpress.com/2010/06/08/sparhaushalt-fiskusvorrecht-im-insolvenzverfahren-kommt-zuruck/>

22 [http://mpi.polymotion.net/de/news/newsmeldung/?tx_ttnews\[tt_news\]=6&cHash=0bcf7cbdb934147eda5837235de9a866](http://mpi.polymotion.net/de/news/newsmeldung/?tx_ttnews[tt_news]=6&cHash=0bcf7cbdb934147eda5837235de9a866)

23 http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5i5SeDgOnn2UDRaeC_3sOO4nSjmxQ

auf.

	2011	2012	2013	2014	Summe
Steuerlicher Ausgleich der Kernenergiewirtschaft	2,3 Mrd. €	2,3 Mrd. €	2,3 Mrd. €	2,3 Mrd. €	9,2 Mrd. €
Bahndividende	0,5 Mrd. €	0,5 Mrd. €	0,5 Mrd. €	0,5 Mrd. €	2,0 Mrd. €
Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzmarktkrise		2,0 Mrd. €	2,0 Mrd. €	2,0 Mrd. €	6,0 Mrd. €
Wiedereinführung des Fiskusprivilegs im Insolvenzverfahren	0,5 Mrd. €	0,5 Mrd. €	0,5 Mrd. €	0,5 Mrd. €	0,5 Mrd. €
Summe	3,3 Mrd. €	5,3 Mrd. €	5,3 Mrd. €	5,3 Mrd. €	16,7 Mrd. €

Einsparungen im Verwaltungsbereich

Im Verwaltungsbereich will die Regierung 2011 2,3 Mrd. €, 2012 3,3 Mrd. € und ab 2013 3,9 Mrd. € pro Jahr einsparen, bis 2014 also insgesamt 13,4 Mrd. €. Etwa ein Drittel dieser Ausgaben soll auf das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) und insgesamt 1 Mrd. € auf das Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung entfallen. „Disponibel“ heißt dabei einfach nur: „zur Verfügung stehen“, also Ausgaben, die in der Verwaltung gekürzt werden können, ohne dass dafür erst irgendwelche Gesetze geändert werden müssen. Von Kürzungen betroffen sollen dabei nicht nur Personalmittel, sondern auch Programmmittel sein. Wo genau gekürzt werden soll, soll vor allem in den einzelnen Ministerien entschieden werden. Als eine Maßnahme ist eine „pauschale Stelleneinsparung“ vorgesehen, die ursprünglich nur bis 2010 laufen sollte, jetzt aber bis 2014 verlängert werden soll. Damit sollen 10.000 Stellen dauerhaft verschwinden. Um auf den vollen Umfang der geplanten Einsparungen zu kommen, befürchtet ver.di aber sogar den Abbau von 15.000 Stellen. Aus Sicht der Bundesregierung handelt es sich dabei um eine „Anpassung des öffentlichen Dienst an die demographische Entwicklung“. Ver.di weist hingegen zu Recht darauf hin, dass „Anfang der 1990er Jahre noch über neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts für öffentliche Beschäftigung ausgegeben [wurde]. Heute sind es nur noch rund sieben Prozent. Der EU-Durchschnitt liegt mit 10,5 Prozent deutlich höher.“²⁴ Als Folge befürchtet ver.di:

„Da jedoch in der Regel die Aufgaben nicht wegfallen, wird der Arbeitsdruck bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter steigen. Da zudem weiterhin umfassende Kompetenzen benötigt werden, dürften vermehrt kostenträchtige PPP-Projekte zur Verwaltungsmodernisierung nötig werden oder Honorare an externe Experten z.B. Rechtsanwaltskanzleien zur Formulierung von Gesetzentwürfen anfallen.“²⁵

Für 2011 soll außerdem auf eine bereits geplante Erhöhung des Weihnachtsgeldes für Beamte verzichtet werden, was einer Kürzung der Bezüge um 2,5% entspräche. Diese Erhöhung war den Beamten von der Bundesregierung vorher eigentlich schon fest versprochen worden

	2011	2012	2013	2014	Summe
Kürzung flexibilisierte Ausgaben	0,3 Mrd. €	0,3 Mrd. €	0,3 Mrd. €	0,3 Mrd. €	1,2 Mrd.€
Kürzung dispon. Ausgaben	1,0 Mrd. €	2,0 Mrd. €	2,5 Mrd. €	2,5 Mrd. €	8,0 Mrd. €
zusätzliche disponible BMVBS	0,2 Mrd. €	0,2 Mrd. €	0,27 Mrd. €	0,34 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Kürzung dispon. Ausgaben	1,2 Mrd. €	2,2 Mrd. €	2,8 Mrd. €	2,8 Mrd. €	9,0 Mrd.€
davon BMVg	0,6 Mrd. €	1,1 Mrd. €	1,3 Mrd. €	1,3 Mrd. €	4,3 Mrd. €
Anpassung Verwaltungsausgaben (Kürzung Bezüge; Stellenkürzung)	0,8 Mrd. €	0,8 Mrd. €	0,8 Mrd. €	0,8 Mrd. €	3,2 Mrd.€

²⁴ http://www.verdi.de/politik_von_a_bis_z/sparpaket/data/ver.di-Bewertung-des-schwarz-gelben-Sparpaketes.pdf

²⁵ Ebd.

Summe	2,3 Mrd. €	3,3 Mrd. €	3,9 Mrd. €	3,9 Mrd. €	13,4 Mrd.€
-------	------------	------------	------------	------------	------------

Subventionsabbau und ökologische Neujustierung

In diesem Bereich möchte die Bundesregierung mit zwei Maßnahmen Einsparungen erreichen: Bei der ersten handelt es sich um die „Abschaffung von Mitnahmeeffekten bei Energiesteuervergünstigungen“, mit der Einsparungen von 1,0 Mrd. € 2011 und 1,5 Mrd. € für jedes der folgenden Jahre erreicht werden sollen, also insgesamt 5,5 Mrd. € bis 2014. Dabei handelt es sich um Vergünstigungen bei der Öko-, Strom und Energiesteuer, von der bisher vor allem energieintensive Betriebe profitieren. Grundsätzlich ist zu begrüßen, wenn die Wirtschaft hier stärker zur Kasse gebeten wird, allerdings nehmen sich auch hier die Regierungspläne eher bescheiden aus. Eine Studie des Umweltbundesamtes²⁶, die 2008 erschien, listet für das Jahr 2006 umweltschädliche Subventionen in Höhe von knapp 42 Mrd. € auf, davon allein im Energiebereich 11,6 Mrd. € und im Verkehrsbereich 19,6 Mrd. €. Sicher wäre falsch, jede dieser Subventionen sofort kategorisch in Frage zu stellen, ohne auch die sozialen Folgen und die Folgen für Konjunktur und Arbeitsmarkt zu hinterfragen. Trotzdem vermitteln die Zahlen einen guten Eindruck davon, was in diesem Bereich alles möglich wäre, wenn es der Bundesregierung mit einer „ökologischen Neujustierung“ tatsächlich ernst wäre. Hier fände sich nicht nur ein gigantisches Einsparpotential, sondern auch jede Menge Möglichkeiten, Geld in ökologisch sinnvolle Investitionen umzulenken.

Der BUND, der aus der Studie des Umweltbundesamtes in einem Hintergrundpapier zum Subventionsabbau zitiert, das er kurz vor der Sparklausur der Regierung veröffentlichte²⁷, hat die dort vorgestellten Subventionen genauer untersucht und eine Liste der Maßnahmen zusammengestellt, die aus seiner Sicht nicht nur sinnvoll sind, sondern auch allein auf nationaler Ebene relativ schnell beschlossen und umgesetzt werden könnten. Teilweise wäre dazu aber auch die Zustimmung des Bundesrats nötig, in dem die Koalitionsparteien seit der Wahl in NRW keine eigene Mehrheit mehr haben. Der BUND kommt dabei, inklusive der an anderer Stelle im Sparpaket enthaltenen Abgaben für Betreiber von Kernkraftwerken in Höhe von 2,3 Mrd. €, auf 16,543 Mrd € pro Jahr. Das ist mehr als sieben Mal so viel wie das, was die Bundesregierung in diesem Bereich plant. Allein durch die Abschaffung von Energiesteuervergünstigungen sieht der BUND auf Basis der Zahlen von 2006 Einsparpotential in Höhe von 4,5 Mrd. € pro Jahr, bis 2014 also insgesamt 18 Mrd. €, mehr als dreimal so viel wie das, was die Bundesregierung hier einnehmen möchte.

Trotzdem formiert sich bereits gegen diesen Teil des Sparpakets sogar im Bundeskabinett selbst Widerstand. Wirtschaftsminister Brüderle opponiert bereits seit längerem sowohl gegen diesen Teil des Sparpaketes, wie auch gegen die folgende Maßnahme.²⁸

Als zweite Maßnahme möchte die Koalition in diesem Bereich durch eine „ökologische Luftverkehrsabgabe“ jedes Jahr 1,0 Mrd. € einnehmen, bis 2014 also insgesamt 4,0 Mrd. €. In der von der Bundesregierung ins Netz gestellten Tabelle befinden sich an den Zahlen für 2013 und 2014 kleine Sternchen, die auf eine Fußnote verweisen, in der es heißt: „2013 und 2014 ggfs. durch CO2-Emissionszertifikate“. Im Begleitpapier der Bundesregierung steht dazu, dass sie diese Abgabe „bis zur Einbeziehung des Luftverkehrs in den bereits vereinbarten CO2-Emissionshandel“ erheben will. Anscheinend geht sie dabei davon aus, dass ihr diese Einnahmen auch nach deren Einführung zur freien Verfügung stehen. Als sie das beschloss, war sie vermutlich schlecht darüber informiert, was auf EU-Ebene Stand der Dinge ist. Die Einbeziehung des Luftverkehrs unter den CO2-Zertifikatehandel beginnt nämlich nicht erst 2013, sondern bereits 2012. 85% der Zertifikate sollen kostenlos zugeteilt werden, nur 15% versteigert werden. Vorgesehen ist auch nicht, die dabei

26 Umweltbundesamt: Umweltschädliche Subventionen in Deutschland: Seite 33 ff.; online unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3659.pdf>

27 BUND: Umweltfreundlich aus der Schuldenfalle: Subventionsabbau zugunsten von Klima- und Staatshaushalt

28 <http://www.volksfreund.de/nachrichten/themendestages/themenderzeit/Weitere-Themen-des-Tages-Berlin:art742.2499349>

erzielten Einnahmen in ein Sparpaket einzustellen, sondern diese „zur Bekämpfung des Klimawandels, insbesondere für Forschung, für saubere Flugzeuge, zur Bekämpfung von Abholzung in der Dritten Welt, zur Finanzierung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energien sowie zur Unterstützung von emissionsarmen Transportsystemen (u.a. Bus und Bahn)“ zu nutzen.²⁹ Man darf gespannt sein, wie die Bundesregierung das mit der von ihr geplanten Einsparung in Höhe von 1 Mrd. € pro Jahr in Übereinstimmung bringen will. Daher wundert es angesichts dieser Widersprüche auch nicht, dass diese Abgabe mittlerweile nicht nur von den Fluggesellschaften scharf kritisiert wird, sondern auch im Bundeskabinett selbst wieder umstritten ist. Wirtschaftsminister Brüderle hat sich zwischenzeitlich von ihr distanziert, Verkehrsminister Ramsauer will sie nur, wenn sie europäisch durchgesetzt wird, was im Prinzip auf das gleiche hinausläuft.³⁰

Auch der BUND fordert eine Ticketabgabe im Luftverkehr, stellt dabei aber keinen Zusammenhang mit dem Emissionshandel her. Er begründet sie damit, dass Flugtickets für grenzüberschreitende Flüge, anders als z.B. Bahntickets, nicht der Umsatzsteuer unterliegen. Zum Ausgleich fordert er eine Ticketabgabe in Höhe von 20 – 40 € pro Sitzplatz, was zu geschätzten zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 1,2 Mrd. € pro Jahr führen würde, also einem Betrag, der 20% über dem liegt, was die schlecht informierte Bundesregierung einnehmen will. Weitere 395 Mio. € könnten laut BUND jedes Jahr in die Staatskasse gespült werden, wenn auf nationaler Ebene im Alleingang eine Abschaffung der Steuerbefreiung von Kerosin beschlossen würde. Die Bundesregierung lehnt dies ab, weil das international derzeit nicht durchsetzbar scheint.

Die aus Sicht des BUND bei der Besteuerung von Verkehrsträgern und Treibstoffen größte, kurzfristig abzuschaffende Subvention, die steuerliche Begünstigung von Diesel gegenüber Benzin, wird von der Bundesregierung nicht einmal erwähnt. Hier wären Mehreinnahmen in Höhe von 6,15 Mrd. € pro Jahr möglich. Eine Abschaffung des steuerlichen Privilegs für Dienstwagen, eine Maßnahme, die wohl eher die Besserverdienenden treffen würde, brächte jedes Jahr weitere 0,5 Mrd. €.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, was die Bundesregierung in diesem Bereich in ihrem Sparpaket plant.

	2011	2012	2013	2014	Summe
Abschaffung von Mitnahmeeffekten bei Energiesteuervergünstigungen	1,0 Mrd. €	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €	5,5 Mrd. €
Ökologische Luftverkehrsabgabe	1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €	4,0 Mrd. €
Summe	2,0 Mrd. €	2,5 Mrd. €	2,5 Mrd. €	2,5 Mrd. €	9,5 Mrd. €

Weitere Maßnahmen

Bei den weiteren Maßnahmen fühlt man sich etwas an den Witz erinnert, bei dem einer zum anderen sagt: „Heute habe ich eine Menge Geld gespart: Ich bin zwei Stationen dem Bus hinterhergelaufen.“, woraufhin sein Gesprächspartner erwidert: „Bist Du dumm, wärest Du einem Taxi hinterhergelaufen, hättest Du noch viel mehr gespart.“ Die Bundesregierung führt hier vor allem die Ausgaben für Zinsen auf, die sie hofft einzusparen, wenn sie weniger Schulden aufnimmt. Diesen Einspareffekt gibt sie für 2011 mit 0,5 Mrd. €, 2012 mit 1,0 Mrd. €, 2013 mit 1,5 Mrd. € und 2014 mit 2,0 Mrd. € an. Bezogen auf die Einsparsummen würde das, unter der Annahme, dass alle Einsparungen ab dem ersten Tag des entsprechenden Haushaltsjahres bereits in voller Höhe Zinsen einsparen, für das Jahr 2011 einen Zinssatz von 4,7 % bedeuten, für das Jahr 2012 von 5,5 %, für das Jahr 2013 von 6,7 % und für das Jahr 2014 von 7,8 %.

²⁹ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=IM-PRESS&reference=20080707IPR33572&language=DE>

³⁰ <http://news.fluege.de/a-bis-z/rainer-bruederle-befuerchtet-massive-probleme-bei-der-luftverkehrssteuer/16144.html>

Jahr	Angesetzte Einsparung	Davon Zinsen	Angesetzte Einsparungen ohne Zinsen (2. Spalte – 3. Spalte)	Zinssatz (3. Spalte / 2. Spalte)
2011	11,2 Mrd. €	0,5 Mrd. €	10,7 Mrd. €	4,7 %
2012	19,2 Mrd. €	1,0 Mrd. €	18,2 Mrd. €	5,5 %
2013	23,8 Mrd. €	1,5 Mrd. €	22,3 Mrd. €	6,7 %
2014	27,6 Mrd. €	2,0 Mrd. €	25,6 Mrd. €	7,8 %

Die Bundesregierung scheint davon auszugehen, dass ohne ihr Sparpaket in Deutschland innerhalb von vier Jahren, bezogen auf die von ihr aufzubringenden Zinsen, nahezu griechische Verhältnisse herrschen würden und hält es deshalb wohl für gerechtfertigt, auch einen entsprechend hohen Zinssatz für ihre Einsparungen anzusetzen.

Fragwürdig ist dieses ganze Vorgehen allerdings nicht nur bezüglich der zu Grunde liegenden Höhe der Zinsen. Sollte sich in den nächsten Jahren ein Teil der geplanten Einsparungen in den anderen Bereichen doch nicht so wie geplant realisieren lassen, dann würden die Einspareffekte auch in diesem Bereich entsprechend niedriger ausfallen (es sei denn, man kalkuliert einfach mit einem noch höheren Zinssatz). An Seriosität gewinnt das Sparpaket durch diesen Teil sicher nicht.

Weitere 0,4 Mrd. € hofft die Bundesregierung dadurch zu sparen, dass der Baubeginn beim Aufbau des Berliner Stadtschloss von 2011 auf 2014 um drei Jahre nach hinten geschoben wird, Durch die Verschiebung werden die Kosten allerdings nur zeitlich nach hinten geschoben. Eigentlich handelt es sich beim Berliner Stadtschloss um ein Projekt, auf das man auch gut und gerne ganz verzichten könnten.

	2011	2012	2013	2014	Summe
Verschiebung Berliner Schloss auf 2014	0,1 Mrd. €	0,1 Mrd. €	0,2 Mrd. €		0,4 Mrd. €
Zinersparnis durch Nettokreditaufnahme Reduktion	0,5 Mrd. €	1,0 Mrd. €	1,5 Mrd. €	2,0 Mrd. €	5,0 Mrd. €
Summe	0,6 Mrd. €	1,1 Mrd. €	1,7 Mrd. €	2,0 Mrd. €	5,4 Mrd. €

Streitkräftereform

Im Verteidigungshaushalt sind für das Jahr 2013 1,0 Mrd. € an Einsparungen vorgesehen und für das darauf folgende Jahr 3,0 Mrd. €, also insgesamt 4,0 Mrd. €. Sollte es dazu kommen, wäre das natürlich zu begrüßen, auch wenn man sich hier noch wesentlich größere Summen vorstellen könnte. Ob das allerdings wirklich passieren wird, ist im Moment noch offen, denn in den Erläuterungen ist bisher nur von einem Prüfauftrag die Rede, über dessen Ergebnis der Verteidigungsminister im September Bericht erstatten soll. Geprüft soll vor allem werden, „welche Folgen eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten für die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands, die Einsatz- und Bündnisfähigkeit, Fragen der Beschaffung, die Strukturen und den Gesamtumfang der Bundeswehr sowie die Wehrform und deren Ausgestaltung hätte.“³¹

Derartige Vorbehalte findet man an anderen Stellen des Sparpakets nicht.. Was passiert, wenn das mit der Prüfung beauftragte Verteidigungsministerium zu einem negativen Ergebnis kommt, bleibt offen. Zusätzlich heißt es in dem Prüfauftrag lediglich, auch „Möglichkeiten aufzuzeigen, wie durch eine bessere Arbeitsteilung im Bündnis Einsparpotentiale gewonnen werden können.“³²

31 <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2010/2010-06-07-eckpunkte-kabinett.property=publicationFile.pdf> Seite 5

32 Ebd.

Für die meisten anderen Bereiche, die bereits ab 2011 sparen sollen, will sich das Bundeskabinett bereits Ende August auf notwendige zusätzliche gesetzliche Maßnahmen einigen, damit bis zu den Haushaltsberatungen im Herbst alle erforderlichen weiteren Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht sind. Für das Verteidigungsressort gilt dieser Zeitplan nicht, denn hier sind Einsparungen erst ab 2013 geplant. Man sollte sich also nicht zu früh freuen, dass auch das Militär von diesen Kürzungen betroffen ist. Auch unter dem Sparpaket sind sicher nur solche Einsparungen zu erwarten, die sich mit dem Ziel decken, die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer Interventionsarmee umzubauen, die weltweit einsatzfähig ist. Derzeit gilt Guttenberg im Kabinett noch als das große Vorbild in Sachen sparen. Das könnte sich allerdings im Herbst rasch ändern, wenn er die Ergebnisse der von seinem Ministerium zu verantwortenden Prüfungen vorstellt und Kabinettskollegen das Sparpaket mittlerweile sturmreif geschossen haben.

	2011	2012	2013	2014	Summe
Streitkräferreform			1,0 Mrd. €	3,0 Mrd. €	4,0 Mrd. €
Summe	0,0 Mrd. €	0,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €	3,0 Mrd. €	4,0 Mrd. €

Weiterer Zeitplan

Mittlerweile wurde am 7. Juli der Etatentwurf für 2011 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2014 vom Bundeskabinett verabschiedet.³³ Als nächstes muss im Kabinett das Haushaltsbegleitgesetz verabschiedet werden, in dem alle gesetzlichen Maßnahmen enthalten sind, die zur Umsetzung des Sparpakets erforderlich sind. Ursprünglich war das für den 4. oder 8. August geplant, mittlerweile ist hier von Ende August die Rede.

Dabei ist es wahrscheinlich, dass es zwei Gesetzespakete geben wird, eines mit Maßnahmen, denen nur das Parlament zustimmen muss und eines mit Maßnahmen, denen auch der Bundesrat zustimmen muss. Sicher scheint bisher nur zu sein, dass der Bundesrat sowohl der geplanten Streichung des Heizkostenzuschusses als auch der Rentenkürzung für Hartz IV-Empfänger zustimmen muss.³⁴ Da hier die Regierung seit der NRW-Wahl keine eigene Mehrheit mehr hat, stehen die Chancen nicht schlecht, auch diese Maßnahmen noch zu verhindern. Bei allen anderen Maßnahmen hofft die Regierung noch, dass sie die entsprechenden Gesetze so formulieren kann, dass der Bundesrat nicht zustimmen muss. Ob ihr das gelingt, bleibt abzuwarten.

Sollte das Bundeskabinett seine Beschlüsse wie geplant im August fassen, dürften die parlamentarischen Beratungen im Bundestag im September beginnen. Dort wird das Sparpaket im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts 2011 beraten. Laut Beschluss des Bundeskabinetts soll der Haushalt in den Bundestag in der ersten Sitzungswoche im September eingebracht werden. Häufig ist diesbezüglich vom 13. September die Rede.³⁵ Wie bei jedem anderen Gesetz auch muss es dazu im Parlament insgesamt drei Lesungen im Plenum geben und dazwischen Beratungen in den Ausschüssen.³⁶ Wie lange dieses Verfahren dauert, hängt stark davon ab, wie lange sich die Beratungen in den Ausschüssen hinziehen. Derzeit gilt als wahrscheinlich, dass die Endabstimmung frühestens im November zu erwarten ist.

33 http://www.finanzen100.de/nachrichten/update2-bundeskabinett-billigt-haushaltsentwurf-2011_H534648951_1-1-5173349393625437718/

34 <http://www.sueddeutsche.de/politik/machtkampf-im-bundesrat-die-opposition-regiert-mit-1.965817-2>

35 http://www.focus.de/politik/deutschland/haushalt-hintergrund-der-fahrplan-fuer-die-sparbeschluesse_aid_516735.html

36 http://de.wikipedia.org/wiki/Gesetzgebungsverfahren_%28Deutschland%29